

Pascal Berger

Zwei Wochen im März: zum Zusammenspiel von Medien, Wissenschaft und Politik während der SARS-CoV-2 Pandemie

Zusammenfassung: Weltweit reagierten Staaten mit sogenannten nicht-pharmazeutischen Interventionsmaßnahmen auf die Ausbreitung von SARS-CoV-2. Dabei sticht nicht nur die Homogenität vieler Maßnahmen hervor, sondern auch deren Strenge, die zuvor kein Gegenstand von Pandemieplanung gewesen ist, sich seit März 2020 jedoch im Instrumentenkasten politischer Steuerung wiederfindet. Warum das so ist, zu dieser Frage nimmt der folgende Aufsatz eine differenzierungstheoretische Perspektive ein und legt den Schwerpunkt auf die Inter-Systembeziehungen von Medien, Politik und Wissenschaft. Unter Rückgriff auf die Medialisierungshypothese erklärt er Tempo, Form und Intensität des Geschehens im März 2020.

Schlüsselwörter: Corona, Differenzierungstheorie, Medien, Wissenschaft, Politik

Two Weeks in March: on the Interplay between Media, Science and Politics during the SARS-CoV-2 Pandemic

Abstract: Governments worldwide responded by non-pharmaceutical interventions to the spread of SARS-CoV-2. Among the most surprising aspects are the homogeneity of the measures on the one hand, their strictness on the other hand. ›Lockdowns‹ were not of relevance in pandemic planning before, however, since March 2020 it is part of pandemic crisis management. Why? The article at hand tries to answer this question by taking the stance of differentiation theory. It explains the speed, form and intensity of the intervention process as an interplay between media, politics and science by using the concept of medialization.

Keywords: Corona, differentiation theory, media, science, politics

1. Einleitung

Was viele Menschen – einschließlich der beteiligten Wissenschaftler – über die SARS-CoV-2-Pandemie wissen, beziehen sie zu einem großen Teil aus den Massenmedien. Von den ersten Fällen in China, Südkorea und den europäischen Nachbarländern, über regional wie international geltende Reise- und Ausgangsbeschränkungen, bis in das genetische Detail von Eigenschaften und Varianten des Erregers von COVID-19 – die erste Informationsquelle sind Massenmedien, seien es alte Print- wie neue Onlinemedien, Podcasts, Twitter oder Youtube. Aber auch umgekehrt gilt – und über die Medizin hinausgehend –, dass wissenschaftliche Akteure über Medien kommunizieren und dann zitiert werden.

Wissenschaftler wie Politiker positionieren sich, und sie *werden* positioniert. Methodenkritik von Seroprävalenzstudien durchläuft den öffentlich-medialen Filter, bevor sie einen Peer-Review-Prozess durchläuft. Dies mag zumindest den Anfangsverdacht erhärten, dass ›Medien‹ im pandemischen Geschehen eine konstitutive Rolle spielen.

Der vorliegende Aufsatz nimmt eine differenzierungstheoretische Perspektive auf die sogenannten nicht-pharmazeutischen Interventionsmaßnahmen ein, und dies aus mehrererlei Gründen. In der Soziologie vertritt Rosa (2020: 196) beispielsweise die These, der »gewaltige Einschnitt in die Handlungsroutinen [...] war und ist das Ergebnis gezielter und planvoller politischer Handelns.« Es handele sich um einen »*beispiellosen Prozess der Entschleunigung*.« (Ebd.: 207; Herv. PB) Die Systemtheorie könne – ebenso wie der Marxismus – das politisch weltweit gleichförmige Handeln nicht erklären. Allerdings sprechen die Beschleunigung des Peer-Review Prozesses zum Thema COVID-19 (s. u.) oder das durch Home-Office in höherem Maße erforderliche ›Multi-Tasking‹ zwischen Beruf und Familie eher für eine Verschiebung von Beschleunigungsprozessen in andere Bereiche der Gesellschaft (vgl. Baecker 2020: 72). Dass die Gleichförmigkeit von politischen Entscheidungsprozessen für deren Vorrangstellung im Verhältnis der Funktionssysteme spricht, ist zunächst eine Behauptung Rosas (2020: 196ff.) – und ersetzt keine Theorie. Esposito (2020: 105-108) zufolge verläuft eine Differenzierung von Antworten auf ein und dasselbe Problem entlang der operativ gezogenen Demarkationslinien der Funktionssysteme. Politik – wie auch Wissenschaft, Wirtschaft und Medien – begreift sie dagegen im homogenen Singular (»politics«, »political decision«, ebd.: 106). Dies funktioniert allerdings nur unter der Voraussetzung, dass eine segmentäre Differenzierung in Territorialstaaten keinen Unterschied auf der Programmebene macht. Deshalb ist es wichtig, altbewährte Instrumente auf ihre Erklärungskraft hin zu überprüfen, gerade auch an einem scheinbar so augenfälligen Fall wie der SARS-CoV-2 Pandemie. Von der Erklärungskraft der Differenzierungstheorie hängt nicht zuletzt auch die Triftigkeit ihrer Aussagen über jüngere, vergangene gesellschaftliche Entwicklungen ab, welche die aktuelle Situation schließlich erst hervorgebracht haben

Im Anschluss an Anicker (2020: 175) nehme ich vorrangig die »Inter-Systembeziehungen« zwischen Medien, Wissenschaft und Politik in den Blick. Ferner greife ich auf Einsichten aus der Medialisierungsforschung zurück (vgl. Kepplinger; 2007; Weingart 2001). Medialisierung bedeutet, dass sich Systeme wie die Politik oder Wissenschaft in ihrem ›Design‹ an Kriterien der medialen Eigenlogik orientieren, wie dem Neuigkeitswert, der Dramatisierung oder der Personalisierung. Kollektiv bindende Entscheidungen oder Forschungsprozesse bedienen dann bestimmte, mit öffentlicher Aufmerksamkeit geladene Themen – und andere nicht. Eine empirisch offene Frage der Medialisierungsforschung ist es dann, wie sehr die operative Autonomie von Politik und Wissenschaft von Medialisierungsprozessen betroffen ist (vgl. Weingart 2001: 246ff.). Entsprechend gehe ich auch zunächst nicht von einer (vorläufigen) Vorrangstellung eines bestimmten Wertes oder Funktionssystems aus, sondern von einer thematischen Vorrangstellung. Eine thematische Vorrangstellung zeigt sich in der themengebundenen Konzentration von politischen, medialen und wissenschaftlichen Ressourcen. Dies lässt es offen – wie es bereits sehr früh 2020 diskutiert worden ist –, ob SARS-CoV-2 eine Verschiebung in

den Systembeziehungen oder eine medialisierte Verschiebung von Aufmerksamkeit und Ressourcen mit sich bringt. Ich gehe auf diesen Punkt noch ein.

Meine Argumentation ist wie folgt: Zunächst skizziere ich die weltpolitischen Entscheidungen im März 2020 als ein Abweichen von bis dato vorliegenden Plänen, Empfehlungen und Simulationen im Falle einer Pandemie (2). Unter Rückgriff auf die Hypothese der Medialisierung erkläre ich die weltpolitische Homogenisierung über eine massenmedial aufbereitete Beobachtungskonstellation zwischen den Staaten. Die an Tagesaktualität orientierten Infektionszahlenmeldungen setzten die ›Taktung‹ kollektiv bindender Entscheidungen (3). Kollektiv bindende Entscheidungen stehen unter der Erwartung öffentlicher Legitimation. Zu diesem Zweck greift Politik auf wissenschaftliche Politikberatung zurück. Lässt sich innerhalb der Forschung selbst eine Orientierung an öffentlich-medialer Aufmerksamkeit erkennen, funktioniert die wissenschaftliche Politikberatung ihrerseits selektiv (4). Ich schließe meinen Beitrag mit Überlegungen zu den möglichen Folgekosten des Arrangements zwischen Politik, Wissenschaft und Massenmedien (5).

2. Zwischen Plan und Realität

Weltweit konzentrierten sich die meisten politischen Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung um die Mitte des Monats März herum (vgl. Capano et al. 2020: 293). Innerhalb von zwei Wochen adaptierten vier Fünftel der innerhalb der OECD versammelten Mitglieder vier aus fünf Maßnahmen (vgl. Sebhatu et al. 2020: 21201f.). Sebhatu et al. (2020: 21203) erklären die enge Taktung und Homogenität der ergriffenen Maßnahmen als Nachahmung unter Bedingungen der Unsicherheit über die Effektivität einzelner Maßnahmen. Ausschlaggebend seien weniger die länderspezifischen Gegebenheiten oder die Kapazitäten des Gesundheitswesens gewesen, sondern der Vergleich mit *räumlich* nahe liegenden Staaten (»proximity«, ebd.: 21203), die ihre Züge wechselseitig beobachteten und sich so unter innenpolitischen Handlungsdruck setzten (vgl. ebd.: 21203ff.). Dass asiatische Staaten wie Südkorea (›test, trace, isolate‹; vgl. Dighe et al. 2020) anders verfahren, erklären Capano et al. (2020: 298f.) mit deren jüngeren Erfahrungen mit den SARS-CoV-1- sowie H1N1-Pandemien. Sie betonen die Unsicherheit wesentlicher Situationsparameter von SARS-CoV-2 wie der Symptomatik oder Übertragungswege (vgl. Capano et al. 2020: 286). Anicker (2020: 179) zufolge befand sich die Weltpolitik in einer Entscheidungssituation zwischen Über- und Unterreaktion, in welcher die medial gelenkte Aufmerksamkeit auf zeitlich akut gefährdete Leben den Ausschlag gab. Die genannten Autoren liefern wichtige theoretische und empirische Einsichten, sie bedürfen meines Erachtens dennoch der Korrektur und Ergänzung in wichtigen Punkten.

Der vielleicht wichtigste Punkt ist zugleich normativer und organisationssoziologischer Natur. Grade weltpolitisch einheitlicher Entscheidungen sind zunächst erwartbar durch die Zugehörigkeit der meisten Nationalstaaten zur World Health Organization (im Folgenden: WHO). Die WHO entwickelt Richtlinien und Empfehlungen für Pandemien, welche der Entwicklung nationaler Pandemiepläne dienen soll. Ähnlich verhält es sich auf

der Ebene des European Center for Disease Prevention and Control (ECDC). Das Robert Koch-Institut aktualisierte den »Nationalen Pandemieplan« zuletzt – infolge von H1N1 – 2017. Vorgesehen ist die enge Abstimmung zwischen den Ebenen. Die Pläne besitzen jeweils einen wissenschaftlichen Teil, welcher den Evidenzgrad für bestimmte Maßnahmen aufführt sowie Kosten und Nutzen gegeneinander abwägt. Betriebsschließungen beispielsweise hielt die WHO aus sozioökonomischen Gründen für kaum akzeptabel (»unlikely feasible«, WHO 2019: 55). Sie seien allein auf der Stufe des höchsten pandemischen Schweregrades eine zu ergreifende Maßnahme (»Extraordinary«, WHO: 2019: 4). Noch im Fortlauf der SARS-CoV-2-Pandemie wies die WHO wegen der zu erwartenden ökonomischen Schäden in ärmeren Ländern wiederholt auf »Lockdowns« als *Ultima Ratio* anstelle der von ihr präferierten gezielten Maßnahmen hin. Die Pandemieplanung Deutschlands sah Betriebsschließungen gar nicht vor. An ihre Stelle traten die betrieblichen Pandemieplanungen. Vergangene Simulationen auf nationaler (»Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012«) wie internationaler Ebene (»Event 201« im Jahr 2019) rechnen mit hohen Krankenständen und Verstorbenen, ein *Business Shutdown* war aber nicht vorgesehen. Am 3. März 2020 empfahl die WHO in einem Report (»Getting your workplace ready for COVID-19«) Hygiene-Maßnahmen (Home-Office, Hand- und Hustenetikette) bei gleichzeitigem Ziel der Aufrechterhaltung der Geschäfte. Ähnlich findet es sich auch beispielhaft in dem eigens für COVID-19 angepassten Strategiepapier des Vereinigten Königreichs vom 3. März (»Coronavirus: action plan. A guide to what you can expect across the UK«). Die im Januar von China verordneten Ausgangssperren und Betriebsschließungen bezeichnete der RKI-Präsident Wieler auf der im Rahmen des am 27. Februar einberufenen Krisenstabs stattfindenden Pressekonferenz noch als einen Sonderfall, das eigene Vorgehen bis dato als Normalfall im weltpolitischen Rahmen. Der seit dem 28. Februar öffentlich zugängliche »Report of the WHO-China Joint Mission on Coronavirus Disease 2019« beispielsweise referiert die Daten zur Übertragung, zu den Symptomen, zur Basisreproduktionszahl sowie zur Infektionssterblichkeit. Das RKI erwartete, dass die bis dato ermittelte Sterblichkeit aufgrund nicht erfasster Infektionen noch sinken werde. Noch am 2. März gab man sich öffentlich zuversichtlich, dass die seit Februar über Medien kommunizierten Hygieneempfehlungen ausreichen würden, die Reproduktionsrate unter 1 zu drücken¹. Hier drückte sich ein Vertrauen in Routinen aus.

Die in Pandemieplänen kondensierte organisatorische Vorbereitung leistet eine – darauf kommt es hier an – *Unsicherheitsabsorption* (vgl. Luhmann 2002: 238). Sie nehmen die politische Entscheidung zwischen Werten vorweg. Es gibt Standards nicht-pharmazeutischer Interventionsmaßnahmen, und zu erklären ist deshalb der Bruch mit diesen Standards. Unsicherheit und Kontingenz mag charakteristisch für Wissenschaft – wie für soziale Systeme überhaupt – sein (vgl. Luhmann 1990: 331ff.). Unsicherheit ist aber nichts Absolutes, und Politik nicht a priori mit Wissenschaft zu verwechseln. Die Situation ›reiner‹ doppelter Kontingenz ist ein Modellfall zur Erklärung der Genese und Notwendigkeit von Sozialstrukturen (vgl. Luhmann 1984: 148ff.). Pläne scheitern, die

1 So René Gottschalk, Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, auf der vom Bundesministerium für Gesundheit ausgerichteten Pressekonferenz.

Realität entspricht ihnen selten (vgl. Luhmann 1988: 324ff.). In der hiesigen medialen Berichterstattung wurde das zögerliche Agieren der WHO, das Taktieren Chinas sowie fehlende medizinische Ausrüstung in der Bundesrepublik moniert. Das mag stimmen. Es erklärt aber nicht den kollektiven Ersatz eingeschliffener Normen innerhalb von wenigen Wochen durch Maßnahmen, wie sie bis dato nur in China bekannt waren, nun aber – bis heute – zum Arsenal der Pandemiebekämpfung ebenso gehören wie zum Inventar der wissenschaftlichen Politikberatung. Eine differenzierungstheoretisch angeleitete Analyse kann möglicherweise Antworten geben.

3. Differenzierung und Medialisierung I: Politik

Mit differenzierungstheoretischen Überlegungen gehe ich davon aus, dass Massenmedien, Politik und Wissenschaft voneinander zu unterscheidende, aber abhängige Systeme mit jeweils selbsterzeugten Realitäten bilden (vgl. Luhmann 1990; 1996; 2002; Weingart 2001). Das politische System lässt sich definieren über die Operation kollektiv bindender Entscheidungen (vgl. Anicker 2020: 175; Luhmann 2002: 84ff.). Zu diesen gehören auch die während der SARS-CoV-2-Pandemie getroffenen Entscheidungen über Anordnungen zu Betriebsschließungen oder das Verbot von Großveranstaltungen bis hin zu Änderungen des Infektionsschutzgesetzes. Kollektiv bindende Entscheidungen haben im öffentlichen Raum die Akzeptanz und Legitimität auszuloten und für sie zu werben, und hier ist Politik an eine durch Massenmedien getragene Kommunikation gebunden (vgl. Marcinkowski/Steiner 2009: 66). Diesen Punkt betont auch die Forschung zur Rolle von Medien in Pandemien, wenn es um das Werben um Akzeptanz bestimmter Maßnahmen geht (vgl. Husemann/Fischer 2015; Robert-Koch-Institut 2016: 187ff.; 2017: 45ff.). Zugleich jedoch entwickeln Medien ein von den politischen Steuerungswünschen sich entkoppelndes Eigenleben, welches auf Politik zurückwirkt (vgl. Klemm et al. 2018). Medien sind keine neutralen ›Transmissionsriemen‹ von Politik, sondern produzieren selbst eine Realität, welche ihrerseits Bedingungen politischen Operierens schafft. Diese ›Doppelrolle‹ von Medien in Pandemien ist von Bedeutung. Mit Luhmann (1996: 11) lassen sich Medien materiell über ihre »Verbreitungstechnologie« begreifen. Die massenmediale Realitätsproduktion unterliegt Selektionskriterien wie »Aktualität, Sensation, Personalisierung und Lokalbezug« (Weingart 2001: 238). In der Form von Nachrichten, Interviews, Pressekonferenzen, Websites und Social Media bringen Massenmedien eine prinzipiell allen Individuen zugängliche weltgesellschaftliche Öffentlichkeit zustande (vgl. Luhmann 1996: 175ff.; 183ff.). Manche Autoren sehen in der Herstellung von Öffentlichkeit eine Form von Integration erfüllt, deren es mit der Ausgestaltung funktionaler Differenzierung bedurfte (vgl. Görke 2003). Das politische System kann ferner als segmentär differenziert in Nationalstaaten verstanden werden, für deren wechselseitige Beobachtung Massenmedien die entsprechende Bühne schaffen (vgl. Beetz 2003; Holz 2001; Luhmann 2002: 190). Dieser Punkt ist von besonderer Wichtigkeit: Dass China zu einem ›Modellfall‹ zunächst für Italien, Italien für seine europäischen Nachbarn – schließlich für einen großen Teil der Welt – werden konnte, ist ermöglicht durch die massenmediale Integrati-

on territorialstaatlichen Handelns. Exemplarisch dafür stehen Artikel wie »China riegelt Millionenmetropole Wuhan ab« (FAZ, 23. Januar); »Italien riegelt betroffene Gebiete ab« (FAZ, 23. Februar); »Wer hat das Erfolgsrezept gegen das Coronavirus« (FAZ, 28. Februar), oder »Wie man in Ostasien erfolgreich das Virus bekämpft« (ZEIT, 12. März). Nachahmung trifft also zu – es müssen aber die Öffentlichkeitsbedingungen wechselseitiger Beobachtung geschaffen worden sein.

Massenmedien verfügen über das knappe Gut öffentlicher Aufmerksamkeit für bestimmte gesellschaftliche Themen (vgl. Marcinkowski/Steiner 2009: 61). Themen strukturieren einmal die Erwartbarkeit von Beiträgen (vgl. Luhmann 1984: 213ff.) und sie koppeln das System Massenmedien mit ihren Umweltsystemen (vgl. Luhmann 1996: 29). Medien mögen Themen *per se* nicht produzieren, sie aber mit öffentlicher – und nicht bloß privater – Aufmerksamkeit versorgen (vgl. ebd.: 28). Darin liegt ihre ›Durchsetzungskraft‹ gegenüber anderen Systemen. Das Thema SARS-CoV-2 beispielsweise zirkulierte zunächst unter den von der Krankheit Betroffenen und den Klinikmitarbeitern in Chats. Eine breite Öffentlichkeit wollte die chinesische Staatsführung gerade verhindern. Politische Akteure handeln folglich unter Antizipation ihrer öffentlich-medialen Wahrnehmung und dazu rezipieren sie die Berichterstattung über sich selbst (vgl. Kepplinger 2007; Schulz 2011: 126f.). Die Anpassung der politischen Kommunikation an die Regeln der Massenmedien durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist exemplarisch für das, was unter dem Stichwort »Medialisierung« verhandelt wird (vgl. Marcinkowski/Steiner 2009).

Statt von der temporären Vorrangstellung eines bestimmten Wertes wie Leben, Medizin oder Gesundheit während der SARS-CoV-2 Pandemie (vgl. Anicker; Baecker 2020: 75) gehe ich von einer thematischen Konzentration gesellschaftlicher Aufmerksamkeit aus, welche in der Folge Politik und Wissenschaft kommunikativ auf ein Thema hin verdichtete. Die These einer thematischen Ressourcenkonzentration ist wissenschaftstheoretisch »sparsamer«. Es entspricht ferner der Intuition, dass klassische Medien eigene Coronavirus-»Themenseiten« eingerichtet haben, deren Onlinedarstellungen Öffentlichkeitsbühnen glichen, mit Beiträgen und Kommentaren nicht bloß von Journalisten, sondern Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Recht, Sport und Wissenschaft. Das Coronavirus nahm eine quantitativ wie qualitativ übergeordnete thematische Stellung ein. Das entspricht verfügbaren Topic-Modeling-Analysen (vgl. Konrad 2020).

Wie lässt sich diese thematische Aufmerksamkeitslenkung differenzierungstheoretisch begreifen? Pandemische Berichterstattung neigt zur Dramatisierung, sie formt – tendenziell – eine entsprechend erhöhte Risikowahrnehmung im Publikum, was Steuerungsabsichten durchaus dienlich sein kann (vgl. Husemann/Fischer 2015; Klemm et al. 2016). Das Angst- und Unsicherheitsempfinden wächst dabei mit der Menge der Berichterstattung (vgl. Klemm et al. 2016: 14ff.). Medienanalysen zu vergangenen Pandemien zeigen zudem einen positiven Mengenzusammenhang zwischen der Berichterstattung einerseits, ansteigenden Infektions- und Todesfällen, der Verkündung politischer Maßnahmen sowie neuer wissenschaftlicher Entwicklungen andererseits (vgl. Shih et al. 2008: 155ff.). Topic Modeling Analysen zu SARS CoV-2 kommen zu einem ähnlichen Ergebnis, was den Zusammenhang zwischen Infektionszahlenentwicklung und dem Anteil der Berichterstattung

anbelangt (vgl. Konrad 2020). Empirische Sentiment-Analysen englischsprachiger Berichterstattung legen nahe, dass in den hier entscheidenden Monaten Januar und Ende März Unsicherheits- und Angstgefühle im Publikum produziert worden sind (vgl. Aslam et al. 2020; Garfin et al. 2020). Die seit Ende Februar international beobachteten ›Hamsterkäufe‹ können als ein solches Symptom gelesen werden. Wirtschaftswissenschaftliche Analysen konstatierten unabhängig davon eine an die Große Depression von 1929-1933 erinnernde ökonomische Unsicherheit (vgl. Baker et al. 2020)². Damit wieder zur Theorie.

Ein »besonders wirksamer Aufmerksamkeitsfänger«, so Luhmann, seien »Quantitäten« (Luhmann 1996: 59). Einen Nachrichtenwert besitzt vor allem die Reportage quantitativer Veränderungen – Luhmanns Beispiel ist die Veränderung des Bruttosozialprodukts (vgl. Luhmann 1996: 59f.). Die tägliche Meldung von Neuinfektionszahlen entspricht der medialen Präferenz für Neues. Es gelte »zusätzlich das größere Informationsgewicht der großen Zahl«, beispielsweise »viele Tote bei *einem* Unfall« (Luhmann 1996: 60; Herv. i. O.). Exponentielles Wachstum oder lokale Infektionsausbrüche unter SARS-CoV-2 sind ›wie gemacht‹ für die massenmediale Logik. Um breitenwirksame »Aufmerksamkeits- und Annahmefähigkeit« zu erzeugen, erhalten Zahlen ferner »narrative Rahmungen und infografische Elemente« (Wehner et al. 2012: 64). Dem bloßen Nacheinander der Infektionsmeldungen wird eine Deutung gegeben in Form von Komplexität reduzierenden Analysen, dramatisierender Rhetorik und anschaulichen Grafiken. Aufbereitete Themenseiten betten die Zahlenberichte in ein Arrangement von umfassender Deutung von SARS-CoV-2 ein. Zahlen eignen sich ferner hervorragend als »Boundary Objects« (vgl. Star/Griesemer 1989) zwischen Medien, Politik und Wissenschaft: Zahlen erleichtern die thematische Kopplung – verschärfen aber auch den Druck auf der operativen ›Innenseite‹ der Systeme. Die Zahlen werden dann zum Objekt steuerungspolitischer Absichten (vgl. Espeland/Stevens 2008) – ob politisch gewollt oder nicht. Mehr noch, Politik wird auch in ihrer operativen Autonomie kollektiv bindender Entscheidungen in ein dem Tempo und dem Takt von Berichterstattung entsprechendes Korsett gedrängt. Ich gebe dafür Beispiele:

Am 23. Februar verordnete die italienische Regierung zunächst für norditalienische Provinzen eine Ausgangssperre, bevor sie diese am 9. März auf ganz Italien ausdehnte. Die Regierungspressekonferenzen Deutschlands mit Bezug zum Coronavirus häuften sich ab dem 24. Februar mit der Betonung einer »aufmerksamen Beobachtung Italiens«. Dem entsprach eine nun zunehmend auf Italien, dann auf die angrenzenden europäischen Nachbarländer konzentrierte Berichterstattung (»Alle Augen auf Rom«, FAZ, 9. März; »Frankreich schließt fast alle öffentlichen Einrichtungen«, FAZ, 14. März). Der Krisenstab wurde – explizit kommuniziert mit Blick auf Italien – am 27. Februar eingerichtet. Am 9. März empfiehlt der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die Absage von Veranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmern. Am 13. März wird die Schließung von Schulen und Universitäten zum 16. März bekanntgegeben. Am 16. März verkündet die Bundesregierung die Schließung von Bars, Clubs, Bordellen und Sporteinrichtungen für denselben Tag. Dienstleistungsbetriebe wie Friseure oder Kosmetikstudios bleiben ge-

2 Risiko, Unsicherheit und Angst verende ich hier zugebenermaßen recht austauschbar.

öffnet, die Gastronomie darf eingeschränkt (weniger Plätze, frühere Ladenschlusszeiten) weiter geöffnet bleiben. Am 22. März entscheiden Bundes- und Landesregierungen eine allgemeine Kontaktreduktion – anstelle einer Ausgangssperre wie in Frankreich, Italien oder Spanien – sowie die Betriebsschließung der bis dahin offenen Gastronomie und Dienstleistungsbetriebe.³

Von der empfohlenen Absage von Veranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmern am 9. März und der Entscheidung zu Kontaktbeschränkungen und Betriebsschließungen am 22. März vergingen 13 Tage. Bereits zu diesem Zeitpunkt war von Seiten des RKI eine durch Inkubationszeit, Diagnose- und Meldeverzug bedingte verzögerte Beurteilungsmöglichkeit der Maßnahmen von zehn bis zwölf Tagen kommuniziert worden (vgl. Hohmann-Jeddi 2020). Die Politik orientierte sich also weniger an vergangenheitsgesättigten Erwartungsstrukturen, sondern an den *öffentlich bekannten, tagesaktualisierten Zahlen*. Das Land Bayern begründete in seiner Verordnung vom 20. März 2020 mit der Beobachtung eines »bislang weitgehend ungebremsten Verlaufs der Neuinfektionen« die Schließung der Gastronomie bereits zum 21. März, nachdem es erst zum 16. März einen reduzierten Betrieb beschlossen hatte (Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege 2020: 3). Erst nach den Beschlussfassungen erlangten Verzögerungseffekte eine öffentliche Bedeutung für politische Steuerung. Die politische Taktung war in Nachbarländern wie Belgien oder Frankreich eine ähnliche⁴. Der länderübergreifende Nachahmungsprozess kollektiv bindender Entscheidungen wurde also einerseits durch die massenmedial aufbereitete Beobachtungskonstellation ermöglicht, durch die an Aktualität orientierten Zahlenreihen dann zu einer entsprechenden Taktung kollektiv bindender Entscheidungen »getrieben«. Eine Maßnahmen unterlassene Politik hätte sich zur öffentlichen Verantwortung ziehen lassen müssen – und zwar unabhängig davon, wie effektiv einzelne Maßnahmen schließlich gewesen sind oder was bestimmte Pläne besagen. Schweden ist ein Ausnahmefall, weil seine Gesundheitsbehörde vergleichsweise unabhängig von der Regierung agieren konnte und sich genau deshalb in einem weiten Sinne an den internationalen Richtlinien zur Pandemiebekämpfung orientiert hat (vgl. Jonung 2020).

4. Differenzierung und Medialisierung II: Wissenschaft

Im Bemühen um ein Verstehen der im März 2020 ergriffenen nicht-pharmazeutischen Interventionsmaßnahmen sind mit Blick auf das soziale System Wissenschaft zwei miteinander verwobene Aspekte zu unterscheiden: einmal die Medialisierung der Wissenschaft, dann die Medialisierung der wissenschaftlichen Politikberatung.

3 Quelle sind die Regierungspressekonferenzen. Diese sind zu finden unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen?page=0> (letzter Zugriff am 31.01.2021).

4 Cheng et al. (2020) haben einen regelmäßig aktualisierten Datensatz mit den länderspezifischen Informationen zusammengestellt. Die vorliegende Auswahl ist exemplarisch und auf die theoretischen Zwecke hin begrenzt.

Medialisierung von Wissenschaft bedeutet die Ausrichtung der Erkenntnisproduktion an medialen Darstellungs- und Selektionskriterien (vgl. Franzen 2012; Peters et al. 2009; Weingart 2001;). Dies betrifft einmal die thematische Seite: Fachzeitschriften wie die auch während der SARS-CoV-2-Pandemie von Wissenschaftsjournalisten häufig zitierten »Science«, »Nature« oder »The Lancet« wählen ihre Publikationen nach dem aktuellen öffentlichen Interesse aus (vgl. Franzen 2012: 333). Die um knappe Publikationsplätze konkurrierenden Wissenschaftler passen ihre Forschung den von Öffentlichkeit geprägten Erwartungsstrukturen an, mit einer entsprechenden Betonung des Neuheitswertes ihrer Entdeckungen (vgl. ebd.: 347). Seit Januar ließ sich ein – im Muster parallel zum Infektionsverlauf und zur Berichterstattung verlaufender – exponentieller Zuwachs von *Preprints* zum Thema SARS-CoV-2 beobachten (vgl. Vlasschaert et al. 2020). Damit einher ging die Beschleunigung des Peer-Review Verfahrens von *allein* auf SARS-CoV-2 bezogenen Manuskripten – über deren Konsequenzen für die Forschungsqualität diskutiert wird (vgl. Horbach 2020: 1061; Palayew et al. 2020; Soltani/Patini 2020). Dies ist von Bedeutung, sofern die wissenschaftliche Ressourcenverlagerung auch hier eine *thematisch* konzentrierte ist, ähnlich wie es sich mit der Berichterstattung oder der engeren Taktung kollektiv bindender Entscheidungen verhielt. Das Peer-Review Verfahren stellt immerhin den sozialstrukturellen Kern wissenschaftlicher Autonomie dar (vgl. Franzen 2012: 336). Zu einer Form funktionaler Äquivalenz zum Peer-Review Verfahren brachte es parallel dazu Twitter, auf der Wissenschaftler neue Studien teilten und kommentierten (vgl. Pollett/Rivers 2020). Es ist dabei nicht ohne Bedeutung, dass in der Diskussion der wissenschaftlichen Qualitätskontrolle die *Dringlichkeit* des eigentlichen Sachverhalts hervorgehoben wird. Dazu kommt, dass Fachzeitschriften wie »Nature« oder »The Lancet« neben fachlich begutachteten Artikeln mit Sektionen wie »News & Comment« (Nature) oder »Latest news and comment« (The Lancet) auch in Organisation, Darstellung und Taktung dem Wissenschaftsjournalismus Raum geben. Inhaltlich wie thematisch den Massenmedien ähnlich wird dort auch die globale Infektionsausbreitung verhandelt (»The coronavirus pandemic in five powerful charts«, Callaway et al. 2020). Mit Shih et al. (2008: 155) nähert sich die wissenschaftliche Kommunikation der »event-oriented nature of epidemic hazards coverage« an. Mit der Verlagerung der Diskussion in öffentlich zugängliche Arenen werden die Grenzen zwischen wissenschaftsinterner Kommunikation und öffentlicher Wissenschaft porös – zumindest mit Bezug auf das Thema SARS-CoV-2. In diesem von Öffentlichkeit gekennzeichneten Raum kann es dann zu einer entsprechenden, medialisierten Prägung der Risikowahrnehmung wissenschaftlicher Akteure kommen. Damit komme ich zur wissenschaftlichen Politikberatung als dem Vorfeld kollektiv bindender Entscheidungen.

Von Politik wird unter massendemokratischen Verhältnissen eine Legitimation durch wissenschaftlich generierte Erkenntnis erwartet (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 10). Wissenschaftliche Politikberatung sieht sich ihrerseits der doppelten Erwartungshaltung gegenüber, einerseits wissenschaftlich gedeckte Problemlösungen anzubieten, andererseits aber politische Machbarkeit zu berücksichtigen: Es werden öffentlich akzeptable Lösungen erwartet (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 10). Es herrscht folglich ein »Spannungsverhältnis zwischen Gefälligkeitsgutachten und unangenehmer Wahrheit« (Weingart/Lentsch 2008: 16).

Bevor die Bundesregierung am 22. März 2020 die Kontaktbeschränkungen beschloss und Gastronomie und Dienstleistungsgewerbe schließen ließ, erschien am 21. März eine öffentlich zugängliche und medial dokumentierte »Ad-hoc-Stellungnahme« der die Regierung beratenden Leopoldina Akademie der Wissenschaften. In ihrer Stellungnahme riet sie der Politik zu einem dreiwöchigen »Shutdown«, dieser sei »aus *wissenschaftlicher Sicht* empfehlenswert« (Leopoldina: 2; Herv. PB.). Gleich in der Einleitung halten die Unterzeichner der Stellungnahme fest, »die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie sind derzeit dringend erforderlich und entsprechen der durch die Pandemie ausgelösten Bedrohung.« (Ebd.: 1) Wenige Zeilen später dann heißt es jedoch, dass es »für die Wirksamkeit und Notwendigkeit« einiger ergriffenen Maßnahmen »wissenschaftliche Hinweise« gebe, andere seien »aufgrund von Hochrechnungen und politischen Überlegungen vorgeschlagen.« (Ebd.: 1) Studien referenziert die Stellungnahme nicht. Ihre Legitimation produziert die Stellungnahme *sowohl* durch die unterzeichnenden Personen *als auch* durch den Inhalt. Die Stellungnahme dokumentiert den Spagat zwischen der Berücksichtigung politischer Akzeptanz und der Beachtung wissenschaftlicher Kriterien. Es gibt weitere Beispiele: Seit dem 4. März veröffentlicht das RKI einen *täglichen* Lagebericht. Am 17. März – genau einen Tag nach der bundesweiten Schließung von Schulen, Universitäten, Bars, Clubs und Freizeiteinrichtungen – setzte es das Risiko für die Bevölkerung von »mäßig« auf »hoch« (Robert-Koch-Institut 2020: 4). Grund dafür sind die *aktuellen*, im Anstieg sich befindlichen Infektionszahlenentwicklungen. Mit dem Blick auf die tägliche Infektionszahlenentwicklung einerseits, auf Italien andererseits plädieren zwei Risiko-Ethiker in ihrem Gastbeitrag vom 16. März in der FAZ für einen »Shutdown« Deutschlands (»Der Shutdown ist unausweichlich«). Wissenschaftliche Politikberatung findet unter medialisierten Bedingungen nicht allein im institutionell-organisatorischen Kontext statt, sondern auch indirekt über die Wahrnehmung öffentlichkeitswirksamer und damit reichweitenstarker Wissenschaftler, deren Inhalte Politik als legitim und akzeptabel voraussetzen kann (vgl. Peters 2009 et al.: 36ff.). Auch Wissenschaftler antizipieren – ähnlich wie politische Akteure – ihre öffentliche Wahrnehmung, und dabei bedienen sie sich, wie die Wissenschaftsforschung herausgearbeitet hat, durchaus medial etablierter »Frames« (vgl. Weingart 2001: 249f.).

Innerhalb der Wissenschaft haben sich seit März in der Folge unterschiedliche Lager gebildet, in denen das Für und Wider von »Lockdowns« diskutiert wird (siehe Burki 2020). International bekannt geworden sind hier unter anderem die »Great Barrington Declaration« sowie das »John Snow Memorandum«. Diese seien nur beispielhaft genannt. Der Häufung des Typus öffentlich zugänglicher Stellungnahmen seitens unterschiedlicher Gruppierungen und Fachgesellschaften entspricht das Bemühen um politische Einflussnahme über öffentliche Wahrnehmung. Dem Medium entsprechend verlaufen diese Diskussion durchaus konfrontativ. Dahingestellt sein lassen muss ich die Frage, wie weit diese massenmedientypische Polarisierung tatsächlich bis in den Kern der wissenschaftlichen Kommunikation hineinreicht, d. h. ob es tatsächlich »COVID Science Wars« gibt, wie Brownlee/Lenzer (2021) meinen. Es ist dabei – beispielsweise an der jeweils unterschiedlich referenzierten Literatur – augenfällig, dass es hierbei den Standards antizipierter Öffentlichkeitswirkung entsprechend nicht allein um »Erkenntnis« geht, sondern

auch um unterschiedliche Risikowahrnehmungen und Werthaltungen. Es ist in diesem Kontext von Bedeutung, dass die wissenschaftliche Politikberatung notwendigerweise selektiv ist⁵. Sie repräsentiert nicht Wissenschaft. Unter differenzierungstheoretischen Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung ist deshalb der Zugang zu einer für kollektiv bindende Entscheidungen relevanten Öffentlichkeit, sofern hier die Legitimität und Akzeptanz politischer Steuerung verhandelt wird.

5. Diskussion

Zum Schluss möchte ich einen meines Erachtens wichtigen Punkt erwähnen, der die Folgekosten des Arrangements ›Medialisierung‹ betrifft. Massenmedien lenken nicht nur die öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen. Der Aufmerksamkeitskonzentration auf ein bestimmtes Thema entspricht auch eine Umlenkung von Ressourcen auf andere Zwecke, seien es ökonomische, politische, wissenschaftliche oder medizinische. Diese Umschichtung folgt nicht Effizienz-, sondern medialen Aufmerksamkeitskriterien, wie es der Fall der kalten Fusion zeigt (vgl. Weingart 2001: 260). Diese Ressourcen bleiben anderen Verwendungszwecken entzogen. Im Falle der SARS-CoV-2-Pandemie handelt es sich unter Umständen um eine selbstgeschaffene *Hochkostensituation* in rechtlicher, ökonomischer und gesundheitlicher Hinsicht, unter deren Langzeitfolgen unter Umständen Legitimationsprobleme für Politik, Medien und Wissenschaft entstehen. Ich gebe dafür ein Beispiel: das Ziel, die Kapazitäten der Krankenhäuser nicht zu überlasten. Überfüllte Krankenhäuser und erschöpftes Personal waren bereits vor 2020 ein Thema (vgl. Karagiannidis et al. 2019). Aber erst 2020 fand dieses Thema eine kommunikative Verdichtung öffentlicher Aufmerksamkeitsressourcen. So ließ die Politik erstmals im Frühjahr 2020 das Deutsche Intensivbettenregister einrichten (DIVI). Die massenmediale Quantifizierung bereitete die Zahlen fortan auf ihren ›Zahlen zur Pandemie‹-Seiten auf. Das Ziel, Ressourcen des Gesundheitssystems zu schonen, verselbständigte sich unter dem öffentlichen Auge massenmedialer Quantifizierung zu einem Gegenstand tagesaktueller Dramatisierung, deren Tempo keine materielle ›Nachrüstung‹ hinterherkommen konnte und kann. Weder entspricht diese Entwicklung Entschleunigungsvorstellungen, noch Ideen oder Hoffnungen in neue politische Stärke.

5 Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH) beispielweise war im März 2020 an mehreren Stellungnahmen beteiligt (09.03.2020; 22.03.2020). Sie sprach sich früh für eine Konzentration der Ressourcen des Gesundheitssystems auf Risikogruppen aus. Allgemeine Kontaktbeschränkungen und Betriebsschließungen hielt sie nicht für notwendig. Ein mediales Echo fand die DGKH nur vereinzelt, regional (Westdeutsche Zeitung vom 22.03.2020, »Ausgangssperren bei konsequenter Einhaltung der RKI-Regeln nicht nötig«) und im fachspezifischen Medium (vgl. Ärzteblatt 2020; Fricke 2020).

Literatur

- Adam, David (2020): »Special report: The simulations driving the world's response to COVID-19«. In: *Nature* 580(7803), S. 316–318.
- Anicker, Fabian (2020): »Die Medizinisierung der Gesellschaft. Eine differenzierungstheoretische Skizze zur Corona-Pandemie«. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 9(2), S. 173–183.
- Ärzteblatt (2020): »Gesellschaft für Krankenhaushygiene fordert strategischen Schutz von«. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/111304/Gesellschaft-fuer-Krankenhaushygiene-fordert-strategischen-Schutz-von-Risikogruppen-statt-ungezielter-Kontaktsperren> (zuletzt aufgerufen am 11.2.2021).
- Aslam, Faheem/Awan, Tahir Mumtaz/Syed, Jabir Hussain/Kashif, Aisha/Parveen, Mahwish (2020): »Sentiments and emotions evoked by news headlines of coronavirus disease (COVID-19) outbreak«. In: *Humanities & Social Sciences Communications* 7(23), S. 1–9.
- Baecker, Dirk (2021): »Corona und die pulsierende Gesellschaft«. In: Heidingsfelder, Markus/Lehmann, Maren (Hg.): *Corona. Weltgesellschaft im Ausnahmezustand?* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 71–96.
- Baker, Scott/Bloom, Nicholas/Davis, Steven/Terry, Stephen (2020): »COVID-Induced Economic Uncertainty«. Working Paper. In: *National Bureau of Economic Research*. <https://www.nber.org/papers/w26983> (zuletzt aufgerufen am 10.03.2021).
- Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (2020): *Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). Vorläufige Ausgangsbeschränkung anlässlich der Corona-Pandemie. BayMBI 2020 Nr. 152.*
- Beetz, Michael (2003): »Organisation und Öffentlichkeit als Mechanismen politischer Koordination«. In: Hellmann, Kai-Uwe/Fischer, Karsten/Bluhm, Harald (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 108–120.
- Brownlee, Jeanne/Lenzer, Shannon (2021): »The COVID Science Wars«. <https://www.scientificamerican.com/article/the-covid-science-wars1/>(zuletzt aufgerufen am 28.1.2021)
- Burki, Talha Khan (2020): »Herd immunity for COVID-19«. In: *The Lancet Respiratory Medicine* 9(2), S. 135–136.
- Callaway, Ewen/Cyranoski, David/Mallapaty, Smriti/Stoye, Emma/Tollefson, Jeff (2020): »The coronavirus pandemic in five powerful charts«. In: *Nature* 579(7800), S. 482–483.
- Capano, Giliberto/Howlett, Michael/Jarvis, Darryl S.L./Ramesh, M./Goyal, Nihit (2020): »Mobilizing Policy (In)Capacity to Fight COVID-19: Understanding Variations in State Responses«. In: *Policy and Society* 39(3), S. 285–308.
- Cheng, Cindy/Barceló, Joan/Hartnett, Allison Spencer/Kubinec, Robert/Messerschmidt, Luca (2020): »COVID-19 Government Response Event Dataset (CoronaNet v.1.0)«. In: *Nature Human Behaviour* 4(7), S. 756–768.
- Deutscher Bundestag (2013): *Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012.*
- Dighe, Amy/Cattarino, Lorenzo/Cuomo-Dannenburg, Gina/Skarp, Janetta/Imai, Natsuko/Bhatia, Sangeeta/Gaythorpe, Katy A. M./Ainslie, Kylie E. C./Baguelin, Marc/Bhatt, Samir/Boonyasiri, Adhiratha/Brazeau, Nicholas F./Cooper, Laura V./Coupland, Helen/Cucunuba, Zulma/Dorigatti, Ilaria/Eales, Oliver D./van Elsland, Sabine L./FitzJohn, Richard G./Green, William D./Haw, David J./Hinsley, Wes/Knock, Edward/Laydon, Daniel J./Mellan, Thomas/Mishra, Swapnil/Nedjati-Gilani, Gemma/Nouvellet, Pierre/Pons-Salort, Margarita/Thompson, Hayley A./Unwin, H. Juliette T./Verity, Robert/Vollmer, Michaela A. C./Walters, Caroline E./Watson, Oliver J./Whittaker, Charles/Whittles, Lilith K./Ghani, Azra C./Donnelly, Christl A./Ferguson, Neil M./Riley, Steven (2020): »Response to COVID-19 in South Korea and implications for lifting stringent interventions«. In: *BMC medicine* 18(1), S. 1-12.
- Espeland, Wendy Nelson/Stevens, Mitchell L. (2008): »A Sociology of Quantification«. In: *European Journal of Sociology* 49(3), S. 401–436.

- Esposito, Elena: »Systemic Integration and the Need for De-Integration in Pandemic Times«. In: Heidingsfelder, Markus/Lehmann, Maren (Hg.): *Weltgesellschaft im Ausnahmezustand?* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 97–116.
- Fricke, Anno (2020): SARS-CoV-2: Fachärzte fordern Aufgabe der Quarantäneregeln. In: *Ärztezeitung*, 20.03.20. <https://www.aerztezeitung.de/Politik/SARS-CoV-2-Fachaezte-fordern-Aufgabe-der-Quarantaeneregeln-407890.html> (zuletzt aufgerufen am 11.2.2021)
- Garfin, Dana Rose/Silver, Roxane Cohen/Holman, E. Alison (2020): »The novel coronavirus (COVID-2019) outbreak: Amplification of public health consequences by media exposure«. In: *Health psychology : official journal of the Division of Health Psychology, American Psychological Association* 39(5), S. 355–357.
- Gröke, Alexander (2003): »Das System der Massenmedien, öffentliche Meinung und Öffentlichkeit«. In: Hellmann, Kai-Uwe/Fischer, Karsten/Bluhm, Harald (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121–135.
- Hohmann-Jeddi, Christina (2020): »RKI rät: Bitte Abstand halten.« In: *Pharmazeutische Zeitung online*, 16.03.20 (zuletzt aufgerufen am 31.1.2021)
- Holz, Klaus (2001): »Funktionale und segmentäre Differenzierung der Politik«. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 22(1), S. 53–78.
- Horbach, Serge P. J. M. (2020): »Pandemic publishing: Medical journals strongly speed up their publication process for COVID-19«. In: *Quantitative Science Studies* 1(3), S. 1056–1067.
- Husemann, Sabine/Fischer, Florian (2015): »Content analysis of press coverage during the H1N1 influenza pandemic in Germany 2009–2010«. In: *BMC public health* 15, S. 386.
- Jonung, Lars (2020): »Sweden's Constitution Decides Its COVID-19 Exceptionalism«. In: *SSRN Electronic Journal*. <https://ssrn.com/abstract=3796848> (zuletzt aufgerufen am 10.03.2021).
- Karagiannidis, Christian/Hermes, Carsten/Krakau, Michael/Löffert, Karsten/Welte, Tobias/Janssens, Uwe (2019): »Intensivmedizin: Versorgung der Bevölkerung in Gefahr« 116(10), A462–A466.
- Kepplinger, Hans Mathias (2007): »Politiker als Protagonisten der Medien«. In: *Zeitschrift für Politik* 54(3), S. 272–295.
- Klemm, Celine/Das, Enny/Hartmann, Tilo (2016): »Swine flu and hype: a systematic review of media dramatization of the H1N1 influenza pandemic«. In: *Journal of Risk Research* 19(1), S. 1–20.
- Konrad, Markus: »Spiegel Online news topics and COVID-19. A topic modeling approach«. WZB Berlin Social Science Center: https://wzbsocialsciencecenter.github.io/tm_corona/tm_analysis.html (zuletzt aufgerufen am 7.1.2021).
- Leopoldina (2020): *Coronavirus-Pandemie in Deutschland: Herausforderungen und Interventionsmöglichkeiten. Ad-hoc-Stellungnahme vom 21.03.2020*. <https://www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/coronavirus-pandemie-in-deutschland-herausforderungen-und-interventionsmoeglichkeiten-2020/> (zuletzt aufgerufen am 10.03.2021).
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1988): *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1990): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (2002): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Marcinkowski, Frank/Steiner, Adrian (2009): »Was heißt »Medialisierung«? Autonomiebeschränkung oder Ermöglichung von Politik durch Massenmedien«. In: Arnold, Klaus/Classen, Christoph/Lersch, Egard/Kinnebrock, Susanne/Wagner, Hans-Ulrich (Hg.): *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien und Politik im 20. Jahrhundert*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 51–76.
- Neidhardt, Friedhelm: »Wissenschaftliche Politikberatung via Medien?«. In: *Politikberatung in Deutschland*, S. 146–154.

- Peters, Hans Peter/Brossard, Dominique/Cheveigné, Suzanne de/Heinrichs, Harald/Jung, Arlena/Kallfass, Monika/Miller, Steve/Petersen, Imme/Tsuchida, Shoji/Cain, Anna/Paquez, Anne-Sophie (2009): »Medialisierung der Wissenschaft und ihre Relevanz für das Verhältnis zur Politik«. In: Peters, Hans Peter (Hg.): *Medienorientierung biomedizinischer Forscher im internationalen Vergleich. Die Schnittstelle von Wissenschaft & Journalismus und ihre politische Relevanz*. Jülich: Forschungszentrum Jülich, S. 9–43.
- Pollett, Simon/Rivers, Caitlin (2020): »Social Media and the New World of Scientific Communication During the COVID-19 Pandemic«. In: *Clinical infectious diseases: an official publication of the Infectious Diseases Society of America* 71(16), S. 2184–2186.
- Robert Koch-Institut (2016): *Nationaler Pandemieplan Teil II. Wissenschaftliche Grundlagen*. Berlin.
- Robert Koch-Institut (2017): *Nationaler Pandemieplan Teil I. Strukturen und Maßnahmen*. Berlin.
- Robert Koch-Institut (2020): *Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)*. Lagebericht vom 17. März. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Archiv_Maerz.html (zuletzt aufgerufen am 10.03.2021).
- Rosa, Hartmut (2020): »Pfadabhängigkeit, Bifurkationspunkte und die Rolle der Soziologie. Ein soziologischer Deutungsversuch der Corona-Krise«. In: *Berliner Journal für Soziologie* 30(2), S. 1–23.
- Sebhathu, Abiel/Wennberg, Karl/Arora-Jonsson, Stefan/Lindberg, Staffan I. (2020): »Explaining the homogeneous diffusion of COVID-19 nonpharmaceutical interventions across heterogeneous countries«. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 117(35), S. 21201–21208.
- Shih, Tsung-Jen/Wijaya, Rosalyna/Brossard, Dominique (2008): »Media Coverage of Public Health Epidemics: Linking Framing and Issue Attention Cycle Toward an Integrated Theory of Print News Coverage of Epidemics«. In: *Mass Communication and Society* 11(2), S. 141–160.
- Star, Susan Leigh/Griesemer, James R. (1989): »Institutional Ecology, ›Translations‹ and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley's Museum of Vertebrate Zoology, 1907-39«. In: *Social Studies of Science* 19(3), S. 387–420.
- Wehner, Josef/Passoth, Jan-Hendrik/Sutter, Tilmann (2012): »Gesellschaft im Spiegel der Zahlen – Die Rolle der Medien«. In: Krotz, Friedrich/Hepp, Andreas (Hg.): *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–85.
- Weingart, Peter (2001): *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wiss.
- Weingart, Peter/Lentsch, Justus (2008): *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Beratung in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- World Health Organization (2019): *Non-pharmaceutical public health measures for mitigating the risk and impact of epidemic and pandemic influenza*. https://www.who.int/influenza/publications/public_health_measures/publication/en/ (zuletzt aufgerufen am 10.03.2021)
- World Health Organization (2020): *Report of the WHO-China Joint Mission on Coronavirus Disease 2019 (COVID-19)*. [https://www.who.int/publications/i/item/report-of-the-who-china-joint-mission-on-coronavirus-disease-2019-\(covid-19\)](https://www.who.int/publications/i/item/report-of-the-who-china-joint-mission-on-coronavirus-disease-2019-(covid-19)) (zuletzt aufgerufen am 10.03.2021).
- World Economic Forum/Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health/Bill & Melinda Gates foundation: »Event 201, a pandemic exercise to illustrate preparedness efforts«. <https://www.centerforhealthsecurity.org/event201/> (zuletzt aufgerufen am 24.1.2021)

Anschrift:

Pascal Berger
 RWTH Aachen University
 Institut für Soziologie
 Eilfschornsteinstraße 7, 52062 Aachen
 pberger@soziologie.rwth-aachen.de